

## Niederschrift

über die 26. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 20.09.2018  
(10. Wahlperiode)

## Tag es o r d n u n g

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1 Bestellung eines Schriftführers</b> .....	5
<b>2 Einwohnerfragestunde</b> .....	5
<b>3 Bürgeranregung gem. §24 GO NRW bzgl. Forum Wasserturm Vorlage: BM/0803/2018</b> .....	5
<b>4 Bürgeranregung gem. § 24 GO: Einsatz gegen Hundekot Vorlage: BM/0835/2018</b> .....	5
<b>5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der Niederschrift vom 21. Juni 2018 Vorlage: BM/0821/2018</b> .....	6
<b>6 Konzeptentwurf für eine externe Bewirtschaftung der Halle 9 auf dem Stoessel-Gelände Vorlage: DezII/0815/2018</b> .....	6
<b>6.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2018 bzgl. Halle 9</b> .....	7
<b>7 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0804/2018</b> .....	7
<b>8 Gleichstellungsplan 2018 - 2022 Vorlage: ZD/0833/2018</b> .....	7
<b>9 2. Bericht zur Finanzsituation 2018 zum 31.08.2018 Vorlage: SFI/0264/2018</b> .....	8
<b>10 Anträge</b> .....	8
<b>11 Anfragen</b> .....	8
<b>11.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE &amp; Piratenpartei vom 05.09.2018 bzgl. Wohnraumbedarfsanalyse</b> .....	8
<b>12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	9
<b>13 Termin der nächsten Sitzung: 08. November 2018</b> .....	10
<b>14 Verschiedenes</b> .....	10



Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:44 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

**von der CDU-Fraktion**

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Herrn Hans Jürgen Denecke

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied Vertretung für Frau Gabriele Pricken

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied anwesend bis 18:45 Uhr

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied anwesend ab 17:55 Uhr

**von der UWG-Fraktion**

Frau Rita Henning Ratsmitglied Vertretung für Herrn Heinrich Peter Weyen

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marc Becker Ratsmitglied

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Ulrich Mombartz Vorsitzender Personalrat

Frau Gabriele Parschau Gleichstellungsbeauftragte

Herr Jürgen Wirtz Bereichsleiter Zentrale Dienste

Herr Patrick Wirtz Referent der Bürgermeisterin

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Heinrich Peter Weyen

Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss**

Herr Hans Jürgen Denecke

Ratsmitglied

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Bestellung eines Schriftführers**

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss bestellt Herrn Patrick Wirtz zum Schriftführer, stellvertretender Schriftführer verbleibt Herr Jürgen Wirtz.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **2 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen von Bürgerinnen oder Bürgern gestellt.

### **3 Bürgeranregung gem. §24 GO NRW bzgl. Forum Wasserturm Vorlage: BM/0803/2018**

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist die beigefügte Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW, nebst Stellungnahme, bzgl. Forum Wasserturm zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Kulturausschuss.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **4 Bürgeranregung gem. § 24 GO: Einsatz gegen Hundekot Vorlage: BM/0835/2018**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist die Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW bzgl. des Einsatzes gegen Hundekot zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Bau- und Umweltausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Ratsherr Peters merkt an, dass das Vorgehen der Verwaltung, Hundebesitzer beim erstmaligen Vergehen hinsichtlich des Hinterlassens von Hundekot im öffentlichen Raum nicht zu belangen, überprüft werden sollte. Er regt eine Änderung dahingehend an, dass Hundebesitzer bereits beim erstmaligen Verstoß im Rahmen eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens belangt werden. Die Verwaltung sagt eine Prüfung des künftigen Vorgehens zu.

- 5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der Niederschrift vom 21. Juni 2018**  
**Vorlage: BM/0821/2018**

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die in der Vorlage dargelegte Rechtslage zum Antrag. Nach kurzer Debatte wird der Antrag seitens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen. Die Thematik soll in der kommenden Sitzung des Ältestenrates beraten werden.

- 6 Konzeptentwurf für eine externe Bewirtschaftung der Halle 9 auf dem Stoessel-Gelände**  
**Vorlage: DezII/0815/2018**

**Beschluss:**

Die Beratung und Beschlussfassung zur Vorlage der Verwaltung sowie zum Antrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2018 werden in die kommende Sitzung des Rates am 27.09.2018 vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Herr Beigeordneter Maatz erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung. Im Zentrum der sich anschließenden Diskussion steht die Frage, ob ein wirtschaftlicher Betrieb der Halle 9 bei gleichzeitiger Sicherstellung bezahlbarer Kosten für gemeinnützige Vereine und Organisationen erreicht werden kann. Ebenso sollen auch künftig weiterhin die Belange Jugendlicher berücksichtigt werden. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes regt an, im Zuge des vorgesehenen Verfahrens zur Findung eines Betreibers und der Gestaltung des Betriebes Meerbuscher Jugendliche einzubeziehen.

Aufgrund weiteren fraktionsinternen Beratungsbedarfes hinsichtlich der Beschlussvorlage der Verwaltung sowie des umfangreichen Antrages der FDP-Fraktion wird die weitere Beratung und Beschlussfassung in die nächste Ratssitzung am 27.09.2018 vertagt.

**6.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2018 bzgl. Halle 9**

s. TOP 6

**7 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass  
Vorlage: FB1/0804/2018****Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (Anlage 1) zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**8 Gleichstellungsplan 2018 - 2022  
Vorlage: ZD/0833/2018****Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt den Gleichstellungsplan für die Jahre 2018 - 2022 zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Herr J. Wirtz erläutert die Inhalte des Gleichstellungsplanes 2018 - 2022. Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert auf Nachfrage, dass die Themen Homeoffice, Betreuung von Kindern und pflegebedürftiger Angehöriger städtischer Mitarbeiter sowie Arbeitszeitgestaltung Gegenstand neuer Dienstvereinbarungen seien. Ebenso erläutert sie das künftige Vorgehen der Verwaltung zur Entwicklung von Führungskräften. Die Anregung von Ratsfrau Dr. Schomberg zur Aufnahme der Förderung von Männern in Frauenberufen wird von der Verwaltung aufgenommen, allerdings wird darauf hingewiesen, dass das Landesgleichstellungsgesetz NRW vornehmlich die Förderung von Frauen zum Abbau von Benachteiligungen vorsieht.

**9 2. Bericht zur Finanzsituation 2018 zum 31.08.2018**  
**Vorlage: SFI/0264/2018**

Der Ausschuss nimmt den 2. Bericht zur Finanzsituation 2018 zum 31.08.2018 zur Kenntnis.

Herr Stadtkämmerer Fiebig erläutert den 2. Bericht zur Finanzsituation 2018 zum 31.08.2018 und führt aus, dass das Planergebnis nach derzeitiger Prognose erreicht werden kann. Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass die zum März 2018 geltenden Tarifierhöhungen aufgrund eines Systemfehlers seitens des Anbieters erst im September ausgezahlt werden, sodass derzeit noch Unsicherheiten in der Prognose zu den Personalaufwendungen bestehen.

**10 Anträge**

**11 Anfragen**

**11.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE & Piratenpartei vom 05.09.2018 bzgl. Wohnraumbedarfsanalyse**

**Anfrage: Erneute Anfrage zur Anfrage vom 17.04.2018**

Die Fraktion Die LINKE und Piratenpartei erbittet erneut um Beantwortung unserer Anfrage vom 17.04.2018 warum die Zahlen der bedürftigen Personen durch Altersarmut und anerkannte Flüchtlinge nicht in der Wohnraumbedarfsanalyse berücksichtigt wurden.

**Begründung:**

Wie wir derzeit bereits in der Sitzung bemängelt haben, wurden uns zwar sehr konkrete Antworten gegeben auf Fragen die wir nicht gestellt haben, eine konkrete Antwort auf die tatsächliche Anfrage erhielten wir allerdings nicht. Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit ist die ursprüngliche Anfrage beigefügt.

Herr Beigeordneter Maatz beantwortet vorgenannte Anfrage wie folgt:

Auf Seite 17 (Tabelle) der Wohnraumbedarfsanalyse wird bei der Vorstellung der Zahlen konkret darauf hingewiesen, dass Flüchtlinge/Asylbewerber nicht berücksichtigt sind. Dieser Hinweis macht deutlich, dass es ggf. noch zu berücksichtigende Bedarfe gibt, die aber derzeit nicht zu beziffern sind, wegen der sich ständig ändernden Datenlage.



Im Weiteren wird auf Seite 18, auf Seite 20 und Seite 21 auf diese zusätzlichen Bedarfe explizit hingewiesen: "Hinzu kommt – unabhängig von der anvisierten Angebotsquote – noch ein Wohnraumbedarf für diejenigen anerkannten Flüchtlinge und Asylbewerber, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus künftig einen Anspruch auf Wohnberechtigung erhalten und die Gruppe der Nachfrager nach geförderten Wohnungen im 1. und 2. Förderweg der sozialen Wohnraumförderung NRW vergrößern können."

Dem „Wohnen im Alter“ ist sogar ein eigenes Kapitel (4) gewidmet und es ist selbstverständlich, dass es bei den genannten künftig, zu entwickelnden "neuen" Wohnformen für Ältere, auch um bezahlbaren Wohnraum gehen muss.

Der Rat der Stadt Meerbusch kann in der weiteren Umsetzung seiner Grundsatzbeschlüsse und in den jeweiligen Bebauungsplänen hierzu, auch diese besonderen Bedarfe berücksichtigen.

## **12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

### **12.1 Beschlusskontrolle**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

### **12.2 Bundesfachplanung zur Festlegung des Trassenkorridors für das Ultranet; Standort nördl. Konverter**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage informiert über das jüngste Gespräch mit Vertretern der Fa. Amprion, die termingerecht die Unterlagen nach §8 des NABEG bei der Bundesnetzagentur eingereicht habe.

Die Unterlagen – es handele sich um 20 Aktenordner würden nun von der BNA auf Vollständigkeit, d.h. auf Auslegungsreife geprüft. Amprion gehe davon aus, dass die Offenlage noch vor Jahresende erfolge, die Genehmigung werde voraussichtlich durch die BNA Mitte 2019 erteilt. Diese Information decke sich mit dem Schreiben der BNA vom 21.08.2018 als Antwort auf das diesseitige Schreiben vom 06.08.2018.

Die konkrete Festlegung des Konverterstandortes, so die Bürgermeisterin, erfolge zwar erst mit der Planfeststellung zur Festlegung der Leitung für das Ultranet, im laufenden Verfahren der Bundesfachplanung zur Festlegung des Trassenkorridors müssten allerdings die Anbindungsmöglichkeiten des Konverters an das Ultranet dargestellt werden.

In den Antragsunterlagen habe Amprion als Standort mit bester Eignung auf Platz 1 den Standort II/2-Osterath gleichauf mit dem Standort 2/Osterath benannt, an letzter Stelle wegen des Realisierungshemmnisses durch BSAB-Ausweisung des Regionalplanes den bisher stets favorisierten Standort 20/Dreiecksfläche. Hinsichtlich des Standortes 20/Dreiecksfläche sei textlich ausgeführt, dass es sich auch weiterhin um den Vorzugsstandort handele, wenn die Realisierungshemmnisse aufgelöst würden. Ein weiterer Standort befände sich auf Kaarster Stadtgebiet an der A 52, 2 weitere Standorte auf dem Stadtgebiet Neuss.

Da Amprion bisher nicht Eigentümer der Flächen sei, habe in den bei der BNA eingereichten Unterlagen ein Abstand zur Wohnbebauung (weißes Bahnwärterhaus Greit) von 200 m eingehalten werden müssen. Sofern der Standort realisiert werde und Amprion Eigentümer der Flächen werde, könne der Baukörper mit Richtung zu den Bahnschienen parallel zur Stadtgrenze nach Kaarst auf Meerbuscher

Gebiet platziert werden; der nördlich parallel verlaufende Wirtschaftsweg „Im Siep“ würde dann nicht tangiert.

Beim alternativen Standort 2 (Tannenbaumfläche) befinden sich Teilflächen bereits im Eigentum von Amprion, wegen der noch zusätzlich benötigten Flächen würden auch hier Grunderwerbsverhandlungen geführt.

In der ersten Oktober-Woche würde, lt. Amprion, nach 3 jähriger Gesprächspause ein Gespräch mit der Bürgermeisterin von Kaarst und den dortigen Fraktionsvorsitzenden stattfinden. Inhalt des Gespräches wird auch die mögliche Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens sein.

Das Verfahren Zielabweichung würde von der Bezirksregierung auf Antrag der BNA geführt. Im Verfahren müsse sowohl die Stadt Kaarst als auch der Regionalrat sein Einvernehmen erklären. Die BNA würde den Antrag auf Zielabweichung nur stellen wollen, wenn das Einvernehmen der Stadt Kaarst in Aussicht gestellt ist. Unabhängig davon, ob Kaarst überhaupt zu einer Zustimmung bereit ist sei fraglich, ob aufgrund der erwarteten Verfahrensdauer ein solches Verfahren erfolgreich greifen könne.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes übt scharfe Kritik am Verhalten des Regionalrates, welches letztlich zu dem jetzt vorliegenden Antrag geführt habe.

### **12.3 Stellenbesetzungsverfahren für die freiwerdende Stelle der Leitung der Stadtbücherei**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erinnert an die Diskussion zur Neubesetzung der Stelle der VHS-Leitung, in deren Zusammenhang auch die Möglichkeit einer gemeinsamen Leitung für VHS und Stadtbibliothek angesprochen worden sei. Die Leiterin der Stadtbibliothek scheidet infolge Verrentung zum 31.12.2018 aus. Eine gemeinsame Leitung für VHS und Bibliothek sei dann sinnvoll, wenn damit entweder eine Stelleneinsparung oder ein Qualitätsgewinn verbunden sei. Ein Vergleich mit Bibliotheken von 4 anderen Kommunen etwa gleicher Größe zeige, dass sich die Stellenbesetzung in Meerbusch unter Berücksichtigung aller für eine Bibliothek relevanter Parameter an der Untergrenze befinde, so dass eine Stelleneinsparung nicht vertretbar sei. Unabhängig von der unterschiedlichen beruflichen Qualifikation für die Leitung der VHS auf der einen und die Bibliothek auf der anderen Seite sei ein qualitativer Nutzen bei einer Zusammenlegung nicht erkennbar. Insofern beabsichtige sie, die Stelle zur Nachbesetzung auszuschreiben; in der städt. Bibliothek seien 3 Dipl. Bibliothekare tätig, so dass die Ausschreibung lediglich intern erfolgen soll. Die Besetzungsentscheidung erfolge durch den Ausschuss im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin.

**13      Termin der nächsten Sitzung: 08. November 2018**

**14      Verschiedenes**

**Arbeitskreis IT**

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass der Arbeitskreis IT bisher noch nicht zusammengetreten sei. Sofern dies künftig gewünscht sei, sollen Vertreter der Fraktionen aus dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss dem Service Zentrale Dienste, Herrn J. Wirtz, benannt werden, da der Arbeitskreis noch vor den Haushaltsberatungen tagen sollte.

Meerbusch, den 9. Oktober 2018

---

Angelika Mielke-Westerlage  
Bürgermeisterin

---

Schriftführer/in